

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-72471](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-72471)

# Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanfragen und Sonderbestellungen entgegen Anzeigengebühr für die einseitige Kleinanzeige (oder deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. Die Zeitungs-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unversehrter eingekannter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Geldhären durch gerichtliche Mittel zwangsweise eingezogen werden müssen. — Postvorschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

## Wird doch verhandelt?

Die vielgerühmte Klarheit der französischen Sprache scheint unter den Einwirkungen der Kriegsnöten gelitten zu haben. Oder gehört es zu den besonderen Feinheiten der gegnerischen Friedensstifter, daß sie immer erst, wenn sie um eine feierliche Notizhaft zu übermitteln haben, etwas anderes sagen als sie meinen, um uns zunächst einmal gehörig in die Irre zu führen und dann mit ihren wahren Absichten gegen uns um so leichter durchzubringen?

Diesmal wäre ihnen diese überflüssige Diplomatie jedenfalls nicht gelungen. Als General Dubant in Spa eine Osterbotschaft überreichte mit der Einladung an die deutsche Regierung, bevollmächtigte Delegierte nach Versailles zur Entgegennahme der von der Entente festgestellten Friedenspräliminarien zu entsenden, und als der Sinn dieser Einladung noch durch die Worte unterstrichen wurde, die deutsche Delegation solle strengstens auf ihre Rolle beschränkt bleiben und nur Personen umfassen, die für ihre besondere Mission bestimmt sind, da war unsere Regierung sich keinen Augenblick darüber im Zweifel, was sie zu tun habe: umgehend bezeichnete sie drei nachgeordnete Mitglieder des Auswärtigen Amtes als Delegierte für Versailles zur Entgegennahme — nicht der Friedenspräliminarien, sondern des Entwurfs der Friedenspräliminarien, was immerhin einen kleinen Unterschied in den Auffassungen dieses und jenseits der Rheinlinie andeutete, und legte im übrigen ein so bereites Schmeigeln gegenüber den Freundlichkeiten der französischen Note an den Tag, daß die Entwürfen, von denen ihre Antwort eingegeben war, mit Händen zu greifen waren.

Die Aktion wirkte, wie wir es nur wünschen konnten. Umgehend ließ Herr Clemenceau sich abermals vernehmen: so wäre es natürlich nicht gemeint gewesen. Er müsse darauf bestehen, daß wir wirliche, richtige, ersichtliche Delegierte schicken, nicht bloß zur Entgegennahme von Schriftstücken, sondern auch zu Verhandlungen über ihren Inhalt bevollmächtigte Herren, gleichwertig den Männern der gegnerischen Mächte.

Wir könnten mit der Gegenfrage erwidern, warum der Herr Generalbevollmächtigte der alliierten und assoziierten Regierungen das nicht gleich gesagt habe; indessen wir ziehen es vor, unübhliche Ineingeprächte anderen Leuten zu überlassen, und haben nunmehr mit der Namhaftmachung unserer sechsöpfigen Friedensdelegation gemäß protokol. Dabei übrigens noch in letzter Minute Herr Dr. David, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, durch den Reichsminister Landsberg ersetzt worden ist — wie es scheint, ein Entgegenkommen an die Kritiker von links, in deren Augen Herr Dr. David wegen seiner Haltung auf dem internationalen Sozialistenkongress in Stockholm kompromittiert und deshalb als Unterhändler für Versailles unzulässig ist. Offiziell wird gemeinhin, daß Dr. David zurücktritt ist. Aber gleichviel, unsere Bevollmächtigten sind zur Reize bereit, wenn auch eine kleine Verjüngung von wenigen Jahren sich kaum vermeiden lassen wird, eben infolge der „Mißverständnisse“, zu denen die erste Note aus Paris Veranlassung geben mußte. Sie werden überbies die Fahrt nur antreten unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß es ihres Amtes sei, über den gesamten Inhalt der Friedenspräliminarien mit den Bevollmächtigten unserer Feinde zu verhandeln, und die deutsche Regierung gibt sich ferner der selbstverständlichen Erwartung hin, daß ihren Delegierten in Versailles die erforderliche Bewegungsfreiheit eingeräumt werden wird, um jeden Augenblick mit der Reichsleitung in der Heimat in unbehinderten Gedenktaustausch über alle Einzelheiten der Friedensfragen eintreten zu können. Darin liegt bereits ausgedrückt, daß die deutsche Regierung sich unter gar keinen Umständen auf eine bestimmte Frist festlegen lassen wird, innerhalb der sie den Entwurf der Friedenspräliminarien zu vollziehen habe. So viele Monate die Feinde zu seiner Fertigstellung gebraucht haben, so viele Wochen werden wir zum mindesten für uns in Anspruch nehmen dürfen; denn daß unsere Friedensdelegierten ihn etwa mit Haut und Haaren schlucken werden, so wie er geht und steht, das wird ihnen wohl selbst Herr Clemenceau nicht ohne weiteres austrauen. Für sie besteht das willkommene Friedensprogramm nach wie vor zu Recht, auf das wir uns verpflichtet haben. Von ihm werden wir uns nicht abdrängen lassen, selbst in dem Falle nicht, wenn sein Urheber es den Haub- und Vernichtungsgelüsten unserer Nachbarn zur Heide von den Lippen preisgegeben haben sollte. Daraus also, daß der neue Vertrag von Versailles schon am Jahresende des Jahres 1917 gezeichnet werden könnte, wird ernstlich die Rede sein können; diese hübsche historische Vermutung werden die Franzosen sich schon am dem Kopfe schlagen müssen.

Aber bei uns zu Hause sollte nun wenigstens Gottes Friede eintreten für die ersten Tage, denen wir entgegen gehen. Denn was könnte irgendeine Revolution, und sei es die zweite oder dritte, von der Zukunft erhoffen, wenn es den Feinden Deutschlands gestattet wird, unsere Gegenwart vollends zu zertrümmern?

Mit mehrjähriger Verpöschung wird jetzt ein Bericht ausgetrieben über die erste Sitzung des Friedensauschusses der Nationalversammlung in Weimar. Die Sitzung wurde nahezu vollständig von einer Rede Eraberger ausgefüllt, der erneut betonte, daß wir nur im Vertrauen auf einen Willen

Frieden die Waffen niedergelegt, daß an ihn nicht allein sondern auch unsere Gegner gebunden seien. Das ist nichts Neues, allein man muß bisweilen auch Befanntes mit Nachdruck wiederholen. Weiter zitierte Eraberger die Legende vom wohlwollenden Clemenceau, wies den Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen das Angellächium als unmöglich und gefährlich zurück. Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Völkern; das ist Deutschlands Friedensgrundsatz. Und darum, sagte Eraberger, haben wir während der Waffenstillstandsverhandlungen ängstlich vermieden, uns der einen oder anderen Ententemacht mehr zu nähern als den übrigen.

## Eine neue Art von Geheimverträgen

Der Dreibund gegen Deutschland.

Paris, 22. April.

Allgemeines Aufsehen erregt der zwischen Amerika, England und Frankreich vorgesehene Geheimvertrag, der bis zum Inkrafttreten des Völkervertrages gelten und Frankreich vor jedem militärischen Angriff Deutschlands schützen soll.

Ebenso große Erregung verursacht aber auch in der französischen Presse die Tatsache, daß Italien an dem militärischen Geheimvertrag zwischen Amerika, England und Frankreich nicht beteiligt ist. Gleichzeitig hat Italien sich vorläufig von den Arbeiten des Völkerrates zurückgezogen, nachdem die lebhafteste Diskussion zwischen Wilson und Orlando eine Lösung des Fiumer Problems nicht gebracht hat.

## Das belagerte München.

Von jeder Zufuhr abgeschnitten!

Die bayerische Hauptstadt ist nunmehr durch ein sehr starkes Angebot von Regierungstruppen vollkommen eingeschlossen. Die Umzingelung ist eine so enge und derartig streng durchgeführt, daß der Sturz der Räterepublik in aller kürzester Zeit unbedingbar erfolgen muß. Jede Zufuhr von Lebensmitteln ist völlig abgeschnitten. Man erwartet, daß die Abgabe Münchens seitens der Spartakisten bald erfolgen wird. Stetige Kämpfe dauern in und um München ohne Unterbrechung an.

## Der „Münchener Kriegsminister“ gefangen.

Nicht viel Freude an seinem Rollen hat der Kriegsminister Reichardt der Roten Armee der Münchener Räterepublik gehabt. Patrouillen der Regierungstruppen gelang es nämlich, ihn bei Petershausen abzufangen und einzubringen. Auch wurde ein aus München kommender Zug mit Räteruppen füllig von Waffenhörnern von den Regierungstruppen angehalten und die Anwesen, etwa 50 Mann, gefangen abgeführt. Bei dem sich hierbei abspielenden kurzen Gefecht verloren die Spartakisten mehrere tote und eine Anzahl Verwundete.

Nach bisher allerdings noch unbefähigten Meldungen soll die Führung der parafaktischen Roten Armee in den Händen von sechs aktiven Offizieren liegen und zwar der Obersten Staubwasser, Langlois, Freiherr v. Zoller, Major Paroquin, Hauptmann A. Zwehl und Mittemeier Fürst Brede. Staubwasser, Langlois und Zoller, welche letzterer wegen eines Soldatentums auf seine Vauern hat schließen lassen, führten im Kriege zuletzt Brigaden. Major Paroquin trat nach der Revolution der mehrheitlich sozialdemokratischen Partei bei und besuchte die Münchener Universität, wo er dem revolutionären Studentenklub angehörte. Hauptmann v. Zwehl galt bei seinen Kameraden als besonders hochmütig und adelslos. Fürst Brede endlich ist der bekannte Serenmeister. Die Spartakisten haben die Krupp-Werke bei Freimann nördlich Münchens festungsartig ausgebaut.

## Wörter und Banknotenfälscher.

Wie auf Umwegen aus München gemeldet wird, seien die Spartakisten seit entschlossen, so lange von zwölf bis zwölf Stunden eine Geisel zu erheben, bis die Regierung Hoffmann den verhafteten Führer der Arbeitslosen, Fraig, freigelassen habe. Auch wollen sie die Zahl der eingekerkerten Mehrheitssozialisten auf ein halbes Tausend bringen, um auf das sozialistische Ministerium Hoffmann einen Druck ausüben zu können. Der Volksbeauftragte der Finanzen, Männer, und sein Gehilfe, der bekannte Volkswirt Vogelrod, sächsen im großen Stil die bayerischen Banknoten und geben für das belagerte München Bankgeld fälschen aus. Ebenso begreifen die Rotgardisten vielfach ihre Wirtschaftsverhältnisse mit Gutsfinnen.

## Wie Augsburg gefürmt wurde.

Eine der wichtigsten Aufgaben zur Umzingelung Münchens war für die Regierungstruppen die Wegnahme des parafaktischen Augsburgs. Der Schlag wurde von bayerischen und württembergischen Truppen ausgeführt und zwar drangen die Württemberger von Süden und die Bayern von Norden in die alte Fuggerstadt ein. Es gelang den Truppen, das Stadtinnere ohne besonderen Widerstand und mit geringen Verlusten zu nehmen. Dem zielstrebigen Schießen der Artillerie ist es zu verdanken, daß die Sachschäden in der Stadt gering sind. Die Stadt selbst ist in der Hand der Truppen. Aber die Kämpfe im Stadtinnern ist noch zu beklagen, das nur am Theater und am Marktplatz sich Spartakisten verschanzt hatten und erst mit Granaten aus den wohlgebauten Barricaden vertrieben werden konnten.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

• **Vorfriede und Nationalversammlung.** Wie verlautet, finden im Augenblick zwischen dem Präsidenten der deutschen Nationalversammlung und der Reichsregierung Verhandlungen wegen einer sofortigen Einberufung der deutschen Nationalversammlung statt. Man ist der Ansicht, daß die Nationalversammlung verlammt sein müsse, wenn die Friedensbedingungen bei der Regierung eintreffen. Es genügt den Abgeordneten nicht, daß der Friedensauschuss der Nationalversammlung sagt. Man müsse vielmehr mit der Möglichkeit rechnen, daß dem Friedensauschuss Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit zur sofortigen Entscheidung vorgelegt werden, für die die einzelnen Mitglieder ohne vorherige Abstimmung mit ihren Fraktionen nicht allein die Verantwortung übernehmen können.

• **Russische Forderungen über Adakel.** Ein russischer Funkpruch stellt die ganz abwegige Behauptung auf, daß nach in Moskau erhaltenen Nachrichten gegen Adakel ein Einmarsch vorbereitet und daß beabsichtigt gewesen sei, Adakel auf politisches Gebiet auszuweiten und unterweges einem Abfall auszuweichen, um sich feiner zu entziehen. Wenn es auch kaum jemand geben wird, der vorstehende Behauptungen als etwas anderes als Forderungen aufzunehmen wird, so sei mit Rücksicht auf den nichtwichtigen Charakter der Befehlshabung ausdrücklich festgestellt, daß die Behauptungen von Anfang bis zu Ende unwahr sind.

• **Zur Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin** hat nun auch die Regierung Stellung genommen und ist sich schließlich geäußert, das Reichsparlament baldmöglichst von Weimar nach Berlin zu verlegen. Die Vorbereitungsarbeiten im Reichstagsgebäude sollen mit kürzlicher Beschleunigung aufgenommen werden, so daß die Überführung der Nationalversammlung nach Berlin unmittelbar nach der zu erwartenden größeren Sommerpause erfolgen dürfte.

• **Bei der erweiterten Tabaksteuer** sind für Zigaretten 14 Steuerflufen vorgesehen, von denen allerdings die erste Hälfte nur ein theoretisches Interesse hat, weil sie die Zigaretten im Kleinerkaufspreise von 8 Pf. bis zu 25 Pf. das Stück umfaßt; eine billigere Zigarette als zu 20 bis 25 Pf. das Stück wird es in Zukunft schwerlich geben. Die 25-Pf.-Zigarette soll nach der Regierungsvorlage eine Steuer von 5,5 Pf. das Stück tragen, die 40-Pf.-Zigarette 10,4, die 50-Pf.-Zigarette 13 Pf., die 75-Pf.-Zigarette 21 Pf. Steuer, die Zigarette in der Preisklasse zwischen 75 Pf. und 1 Mk. 30 Pf. Steuer und höhere Preisklassen den Höchstbetrag von 50 Pf. entrichten. Die Zigarettensteuer weist 11 Steuer auf. Sie liegt von 1 Pf. für die 2-Pf.-Zigarette bis zu 14 Pf. für Zigaretten über 25 Pf. Kleinerkaufspreise. Auch für feingeknickten Rauchtabak, Pfeifentabak, Kautabak und Schmalztabak sind sehr hohe Belastungen vorgesehen, ebenso für tabakähnliche Waren und Zigarettenpapier.

• **Die Auflösung der Spandauer Heeresverkörtter** ist wegen der in den letzten Monaten eingetragenen Wirtschaftskrisis erfolgt. Dem Januar waren 42 Millionen Ausgaben, dagegen feinerlei Einnahmen zu verzeichnen, im Februar 35 Millionen Ausgaben, ganz geringe Einnahmen. Obwohl eine gewisse Besserung eintrat, blieb auch für Mai und Juni noch je 20 Millionen Verlust zu erwarten. Zur Kennzeichnung sei bemerkt, daß zuletzt 42 000 Arbeiter beschäftigt waren gegen 9000 in normalen Zeiten. Da wir den großen Heeresbedarf nicht mehr haben, war schon deshalb Anlaß zur Abheilung der Unfälle gegeben, zumal sich auch die Arbeiterkraft der Abgabe des überflüssigen Rohmaterials an die Privatindustrie durch das Arbeitsministerium überließ. Trotz der obenstehenden Entlastung werden die Löhne vorläufig weitergezaßt.

• **Neue Spartakistenunruhen in Hamburg.** In Hamburg kam es während der Osterfeste wieder zu erheblichen Unruhen. So fand in St. Pauli ein regelrechter Straßenkampf statt mit Wünderungen und Angriffen auf Polizeiwachen. Aus dem Polizeigebäude befreiten die Spartakisten dreißig Gefangene, darunter mehrere Schwerverbrecher. Die Polizei- und Sicherheitsmannschaften verloren einen Toten und mehrere Verwundete. Die Wünderer haben vermutlich größere Verluste, die sich aber nicht genau feststellen ließen. Bei den Schieberen wurde ein Fabrikant in St. Pauli durch einen Schuß durch die Luf getötet.

• **Ein Staatskommissar für Schleswig-Holstein.** Der sozialdemokratische Schriftsteller Dr. Adolph Koester ist von der preussischen Staatsregierung mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Geblanten in Hamburg betraut worden. Gleichzeitig ist er zum Staatskommissar für Schleswig-Holstein ernannt worden.

### Frankreich.

• **Der Sozialistenkongress** ist in Paris zusammengetreten. Henderson forderte, daß der Frieden ein Friede der Gerechtigkeit und nicht der Macht sei. Wir vernehmen, sagte er, die Doyer nicht, die Frankreich gebracht hat, weil laien seiner Lanterkeit Gerechtigkeit widerfahren, man darf jedoch den Krieg nicht mitbrachten. Der frühere Präsident der Labour Party, Hardy, gab eine entsprechende Erklärung ab.

**Japan.**

Der Dreifrontenkrieg der Mächte. Der Zentral-Solbaten, Arbeiter- und Bauernrat hat zur Verteidigung der Grundgesetze der Sozialistischen Diktatur den Verteidigungskrieg beschlossen und angeordnet, daß die Hälfte der Arbeiterkraft sämtlicher Betriebe gegen die feindlichen, zumächlichen und südlichen Kruppen zu den Waffen greifen solle.

**Amerika.**

Der alte japanisch-amerikanische Gegensatz ist erneut durch die Japanfrage aufgeworfen worden. Der in Paris unterbreitete japanische Antrag, alle Massenunterschiede aufzuheben, macht nämlich in den Vereinigten Staaten unangenehmen Eindruck, da man meine, daß Japan absichtlich einen Streit mit den Vereinigten Staaten vom Baume brechen wolle. Die Tatsache, daß die Emigranten in Korea sich bei ihren Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht und Unabhängigkeit auf amerikanische Missionare beriefen, habe einen Teil der japanischen Presse gegen Amerika aufgehetzt. Außerdem bestreite ein gewisses Verhältnis zwischen japanischen und amerikanischen Truppen in Sibirien. Berichten aus Japan zufolge, hätten sich die amerikanischen Truppen in Sibirien geweigert, den Japanern beizuhelfen, als diese von den Bolschewiken angegriffen wurden, was fast vollständige Vernichtung einer japanischen Truppenabteilung zur Folge hatte.

**Aus In- und Ausland.**

**Berlin.** Die Finanzabteilung des alliierten obersten Wirtschaftsrats hat die Hinterlegung von weiteren 140 Millionen Mark in Gold zum Ankauf von Lebensmitteln für Deutschland genehmigt.

**Berlin.** Die Militärdelegation aller türkischen Untertanen in Deutschland mit dem Dampfer „Al Deniz“ ist nach erfolgter Genehmigung der Entente beurlaubt. Der Dampfer wird am 20. d. Mts. Samung verlassen.

**Danzig.** Der Oberpräsident der Regierungspräsident und der Vollzugsausschuss haben beim Minister des Innern Einspruch gegen die Ernennung des mehrheitlich sozialistischen Kaufmanns Koppentrup zum Landrat des Kreises Bugis, Offenbach a. W. Der Kommunistenführer Eisenreich, der in Offenbach den Ausschuss am Karfreitag veranlaßt hat, ist verhaftet worden. Eisenreich ist als Anarchist schon vor mehreren Jahren zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt worden.

**Wien.** Frankreich erklärt in einer Note an Österreich, daß die Lieferung von Lebensmitteln eingestellt werden würde, wenn neue Unruhen vorkommen.

**Wien.** Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ein Telegramm des Grafen Cernin aus Gedrich, in dem er die Nachricht von seiner angeblichen Flucht und Verhaftung als unklar bezeichnet.

**Warschau.** Der erste Zug mit Truppen des Generals Haller ist aus Frankreich hier eingetroffen.

**Bern.** Die „Republican“ meldet, wird die Frage von Krawatschou, dessen glatte Herausgabe an China von Amerika verlangt wird, vor die Konferenz gelangen.

**Helsingfors.** In Finnland sind im Zusammenhang mit der Entdeckung einer angeblich bolschewistischen Verschwörung 68 Verhandlungen vorgenommen worden.

**Freier Handel!**

**Berlin.** Infolge der Zahlungsschwierigkeiten, die sich beim Ankauf der ausländischen Lebensmittel ergeben haben, hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, den freien Handel im weitesten Umfang zum Ankauf der ausländischen Waren heranzuziehen.

**Bestimmungen für die Übergangswirtschaft.**

**Berlin.** Der Reichsanzeiger veröffentlicht ein Gesetz über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft, ferner Bestimmungen über Schlichterei und Einfluß von Erzeugnissen der Kartoffelroderei und der Kartoffelstärkefabrikation.

**Das Gericht für Wilhelm II.**

**Washington.** Wie hier verlautet, soll dem zu bestellenden Gericht über Wilhelm II., den Kronprinzen, Oldenburg, Ludendorff und Tirpitz die Vollmacht erteilt werden, gegebenenfalls die Todesstrafe zu verhängen.

**Kämpfe in Siebenbürgen.**

**Sibadava.** In Siebenbürgen sind alle Verkehrsmittel in den Grenzdistrikten getrennt und haben sich bewaffnet, um den Rumänen in den Rücken zu fallen. Auch eine bolschewistische Armee rückt zur Hilfe heran.

**Der Rat der Welt.**

**Paris.** Der Rat der Welt — nämlich Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Orlando, Gommio, Vassour, Wilson und Lansing — beriet über die Frage Palästinas. Es wurde keine Lösung erreicht. Wie verlautet, macht der Plan eines Defensivbündnisses zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten Fortschritte. Dieses Bündnis ist nur für die Rheingegend anwendbar und sieht eine sofortige militärische Aktion zu Lande und zu Wasser vor im Falle, daß Deutschland den Friedensvertrag in Bezug auf die entmilitarisierte Zone nicht des Ratens bricht.

**Die Revolution in Indien.**

**London.** Der Aufstand in Indien dauert an. Die Bevölkerung zeigt eine rebellische Stimmung. Im Bezirk Gujeronwalla fand eine schwere Meuterei statt. Der dortige Bahnhof wurde zerstört. Am Morgen drohen sämtliche Eisenbahnen Indiens mit dem Generalstreik. In mehreren besonders gefährdeten Bezirken des Nordens wurde das Scharrecht proklamiert.

**Verschiedene Meldungen.**

**Hessen.** Die Steinbohlengewerkschaften Trier und Gernann beschließen, zur Tilgung von Danischulden und im Hinblick auf die unzulänglichen Verhältnisse im Stollenbergbau Zubußen von je 6 Millionen Mark einzusetzen.

**Leipzig.** Die Verkehrs- und die sächsische Eisenbahnverwaltungen haben die Einlegung von 15 Sonderzügen zur Reinhager Frühjahrsreise beschlossen. Die Verkehrsministerien sind auf Sonderzüge aus der Schweiz, Holland und Skandinavien vorgehen.

**Rom.** Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in Mailand, die bei der Einnahme Mailands verhaftet, drei Wochen im Vatikan Gefängnis festgehalten und dann nach Mailand gebracht wurden, sind in Rom eingetroffen.

**Saga.** Die Verhaftung der offiziellen Mehrheitskandidaten hat beschlossen, daß alle dem Verband angehörenden Gewerkschaftsverbände am 1. Mai nicht arbeiten sollen, um auf diese Weise die Streit des holländischen Arbeiterrats zu benehmen.

**Paris.** Die von Savas verbreitete Nachricht, daß Danzig unter polnische Verwaltung kommen soll, wird jetzt in Paris entschieden dementiert.

**Hem.** Die Einberufung des holländischen Parlaments ist auf den 6. Mai verschoben worden.

—w Berlin, 23. April. In der Antwort des Marxfalls Koch auf das deutsche Telegramm vom 21. April heißt es: „Die deutschen Delegierten können abreisen, wenn sie hierzu bereit sind. Sie werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telephonische Verbindung mit ihrer Regierung.“

Wie die WTB. erfährt, werden die deutschen Delegierten und Pressevertreter am Montag von Berlin abreisen.

**Aus der Heimat — für die Heimat.**

**Westerheide, 24. April 1919.**

Der vermehrte Anbau von Frühkartoffeln. Wie das Reichsernährungsministerium bekanntgibt, ist ein umfangreicher, nach Möglichkeit gesteigerter Anbau von Frühkartoffeln in allen Gegenden, welche sich dazu eignen, auch in diesem Jahre zwingend notwendig. Ebenso wie in den letzten Jahren werden auch im kommenden Frühjahr die frühesten Sorten, die in Wäldern, Treibhäuern und gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, von der Bestellung eines einseitigen Sonderzweiges für das Reichsgebiet und von der öffentlichen Vermarktung, und zwar bis zum 30. Juni 1919, ausgenommen bleiben. Mit dem 1. Juli wird mit Rücksicht auf die Ernährungslage eine Vermarktung der Frühkartoffeln nach Art der vorjährigen einsetzten. Nach der inzwischen erlassenen Verordnung des Reichsernährungsministers erfolgt die Preisregelung gleichfalls im wesentlichen wie 1918: Der Grundpreis beträgt demnach im Monat Juli 8 Mark für den Zentner. Er kann aber, um den großen Preisrückgang innerhalb der einzelnen Anbauggebiete in der Ergebniszeit und in der Preiszeit der Frühkartoffeln gerecht zu werden, durch die Landes- und Provinzialkartoffelstellen nach den Verhältnissen in ihrem Anbaubereich mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle wiederum erhöht werden, und zwar in Abweichung von der Regelung des Vorjahres bis zur Höchstgrenze von 12 Mark für den Zentner. Im August und September ist lobend der Preis durch die genannten Stellen auf den demnach festzusetzenden Preis für Frühkartoffeln zu setzen.

Renner in Oldenburg-Dümmerde. Für das am 25. Mai d. J. stattfindende Rennen in Oldenburg-Dümmerde wird in Jägerkreisen wie auch von der städtischen Bevölkerung viel Interesse gezeigt. Voraussetzungen sind auch die Nennungen in genügender Anzahl erfolgen. An Versuch wird es gewiß nicht fehlen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen 8 Renner zum Auszug gelangen, und zwar: ein Zweifährer, je ein Trabfährer für 2jährige Fongie, 2jährige und 3jährige Stuten und ein Trabreitner für 3jährige und ältere Pferde, ferner ein Jagdfrennen für Oldenburg Pferde, ein desgleichen für Pferde aller Länder und ein Jagdfrennen. Nennungsfrist für sämtliche Renner am 10. Mai, nachmittags 6 Uhr. Siehe auch Bekanntmachung im Anzeigenteil.

Eröffnung der Oldenburger Börse. Am Mittwoch den 7. Mai 1919, vormittags 10 1/4 Uhr, findet in der „Union“ zu Oldenburg die Eröffnung der Oldenburger Börse statt. Zu der Eröffnungsfestlichkeit sind die Behörden der Stadt und des Landes, sowie auswärtige Handelskammern usw. eingeladen worden. Die Einrichtung der Börse, der man in den weitesten Kreisen des Handels das allergrößte Interesse entgegenbringt, findet auch im benachbarten Holland weitgehende Beachtung. An der Eröffnung der Börse werden, wie verlautet, namhafte Kaufleute aus Holland teilnehmen. Es ist zu erwarten, daß bereits größere Geschäfte in Futtermitteln und anderen Artikeln, die zur Ein- und Ausfuhr gegeben sind, getätigt werden. Im Oldenburger Lande steht man in die Tätigkeit der Börse die größten Erwartungen. Es sind bereits jetzt über 200 Kaufleute und Landwirte dem Börsenverein Oldenburg als Mitglied beigetreten. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Oldenburg, aber auch zugleich im Interesse des gesamten Oldenburger Landes steht zu hoffen, daß die hohen Erwartungen, die man auf die Börse gesetzt hat, nicht getäuscht werden.

Dem Bericht der Oldenburger Spar- und Leih-Bank über das Geschäftsjahr 1918 entnehmen wir folgende Aufzeichnungen: Der Charakter des Wirtschaftslebens im Berichtsjahr war derselbe wie in den Vorjahren und wurde durch den im Herbst erfolgten innen- und außerpolitischen Zusammenbruch nicht wesentlich geändert. Nur brachte das Jahr den Banken eine angelegene Ueberfülle von zuströmenden fremden Geldern. So stieg die Bilanzsumme von rund 122 000 000 M. auf rund 195 000 000 M. Der Gesamtumsatz erhöhte sich von 3 357 500 000 Mark auf 5 377 083 000 M. Die Bank ist in der Lage, nach erforderlichen Absicherungen auf Bankgebäude, die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen zu können. Depostitenkassen wurden in Berne und Stoffhamm errichtet. Die Gehälter zeigen abermals eine ungewöhnliche Steigerung um rund 30 Prozent. Kriegsanleihen wurden im Berichtsjahr rund 25 Millionen gezeichnet. Die Gesamtzeichnung auf die 1. bis 9. Kriegsanleihe stieg damit auf rund 133 Millionen Mark. Wenn die Gesetzgebung das Geschäft nicht gefährdet, sieht die Bank vertrauensvoll in die Zukunft.

Woorburg. Am 27. April können Herr Johann Fußß und Frau ihre Silberhochzeit begehen. Das Ehepaar wird aber, dem Ernste der Zeit entsprechend, von einer Feier des Tages absehen.

Bad Zwischenahn. Aus der Gemeinderatsitzung. Es wurde folgendes verhandelt: Das Armenwesen des Rechnungsjahres 1917/18 wurde vom Gemeindevorsteher vorgelesen, ebenso der Voranschlag der Armenkasse für 1919/20 und der Voranschlag der Gemeindefasse für denselben Zeitraum. Die Gemeindefasse Rechnung für 1917/18 hat eine Einnahme von 244 767,75 Mark und eine Ausgabe von 226 080,69 Mark, also ein Ueberschuß von 18 687,06, der von ein Voranschlag für die landwirtschaftliche Winterschule mit 2025,55 Mark. Die Armenrechnung 1917/18 hat eine Einnahme von 44 506,22 Mark und eine Ausgabe von

27 199,13 Mark, also ein Ueberschuß von 17 307 Mark. Die Lazarettkasse hatte 91,70 Einnahme und 25 M. Ausgabe. Die Schatzrechnung 1917/18 hat eine Einnahme vom Grundbesitz von 38 842,70 Mark und eine Ausgabe von 24 967,99 Mark, also ein Ueberschuß von 8874,71 Mark, vom Einkommen 94 520,27 Mark Einnahmen und 86 800,64 Mark Ausgaben, also 7719,63 Mark Ueberschuß. Die Rechnungen haben sämtlich ausgelegen, Einwendungen sind nicht erhoben worden, sie gelten als festgestellt. Die Rechnung der Kriegswirtschaft hatte 284 964,80 Mark Einnahmen und 262 563,65 Ausgaben. Die Beleuchtungs-Gesellschaft Ohrwege erhielt die Erlaubnis zur Auffüllung der Masten an den öffentlichen Wegen. — Zum Schluß verabschiedete sich der Gemeindevorsteher von den auscheidenden Gemeinderatsmitgliedern und sprach denselben für ihre Mitarbeit den Dank der Gemeinde aus. — Erwähnt ist noch, daß die Ausgaben im Gemeindehaushalt 1917/18 6423,52 Mark betragen, hierzu sind abzuziehen speziell mit Lebensmitteln und die Einnahmen der Hauskasse mit 3826,59 Mark, bleiben Ausgaben 2596,93 Mark. — Für die Gemeindefasse wurden jährlich 600 Mark bewilligt.

In Daghagens Galthofe tagte auch die Ortsvertretung an demselben Tage, anwesend nur die Hälfte der Mitglieder. Die Rechnung 1917/18 hat eingenommen 33 981,18 und ausgegeben 29 667,61 M., Ueberschuß 4313,57 M. — Die Rechnung des Elektrizitätswerts hat 28 813,67 M. Einnahmen und 26 978,81 M. Ausgaben, einen Ueberschuß also von 1834,86 M. — Der Voranschlag für 1918/19 stellt 26 235 Mark Einnahmen und 17 730 Mark Ausgaben auf. — Der Strom für Lichtzwecke außerhalb der Ortsgrenze soll pro Kw. 1,20 M. und 75 Pf. für Kraftzwecke betragen und zwar vom 1. Mai 1919 an.

Bad Zwischenahn. Aus der Sitzung des Schulausschusses. Die Schule in Kaihausen ist überfüllt. Es ist dringend Entlastung geboten. Ein Teil der Kinder kann nach Zwischenahn eingeschult werden, ein anderer Teil nach Kaihauserfeld. Es ist notwendig, dort eine zweite Lehrkraft anzustellen und die zweite Klasse einzurichten. Klassenzimmer und Nebenlehrerbewohnung sind vorhanden. — Von den Hauptlehrern ist eine Erhöhung der Feuerungsgebühren beantragt. Es wird vorgeschlagen für die zweiklassige Schule 450 und für die einklassige Schule 300 Mark. Sollte diese Summe nicht ausreichen, soll das Mehr auf die Schulkasse angewiesen werden. Die Schulreinigungsgelder sollen für die zweiklassige Schule von 120 auf 180 Mark und für die einklassige von 80 auf 120 Mark erhöht werden. — Die Kosten für den Handarbeitsunterricht sollen von 100 auf 150 Mark erhöht werden, für Zwischenahn jedoch von 150 auf 200 Mark. — Der Voranschlag pro 1919/20 wurde durchgenommen. Er schließt mit einer Einnahme von 128 200,91 Mark und mit einer Ausgabe von 102 030 Mark.

Langebrügge. Schlaf herut — hier möit' henn! Der eble Kloochfischer und Voofelersport erwacht auch hier wieder aus seinem langen Kriegsschlaf. Am 18. Mai findet ein Weltkampf zwischen Kloochfischern aus Koftrup und Langebrügge mit nachfolgendem Ball statt, und am 26. April messen sich 5 Vorbeder mit 5 Langebrüggern im Weich oeffeln. (Näheres siehe Anzeige.)

Oldenburg, 22. April. Hier wurde heute vormittag der „Oldenburgische Landesverein der Tabakinteressen“ gegründet, der sich dem Landesverbande oldenburgischer Einzelhändler korporativ anschließen will.

**Oldenburgische Landwirtschaftskammer.**

(6) Oldenburg, 22. April.

Die Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg hielt heute eine Gesamtsitzung ab, in der eine ebenso lange wie wichtige Tagesordnung erledigt wurde. Zunächst wurde eine Änderung der Geschäftsordnung dahingehend beschlossen, daß jeder Sonderauschuß aus mindestens 3, höchstens 5 Kammermitgliedern bestehen. Die Besizenden der Sonderauschüsse können an den Gesamtsitzungen der Landwirtschaftskammer mit beratender Stimme teilnehmen. Es wurde mitgeteilt, daß die Kammer aus den Pferdverzechnissen einen Ueberschuß von 400 000 Mark erzielt und hieraus einen Pensionfonds gegründet habe. Auf Antrag des Sonderauschusses für Wirtschaftspolitik nahm die Kammer zu den neuen Steuerplänen der Reichsregierung Stellung, denen im allgemeinen zugestimmt wurde. Es wurde aber gewünscht, daß hinsichtlich der Eingehung der Kriegsgewinne und der Vermögensabgabe, als Vermögenszuwachs nicht erfaßt werden darf, was tatsächlich nur in dem verminderten Wert des Geldes begründet ist. Der scheinbare Wertzuwachs dürfte nicht als Einkommen gerechnet werden. Bei dem Ausbau der ESt-Gesetzgebung soll das lebende und tote Inventar lediglich nach dem Friedensvertragswert eingeschätzt werden. Das Direktorium soll ersucht werden, daß die Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer aufgehoben wird. Die Kammer hielt es für dringend notwendig, dem Wunsch der Landarbeit z nach einer Vertretung in den für die Landwirtschaft maßgebenden gelehrlchen Körperchaften zu entsprechen. Einen gangbaren Weg dazu erblickte die Kammer in der Vertretung der Landarbeiter und kleineren Landwirte mit einer Betriebsstätte von unter 5 Hektar in der Landwirtschaftskammer in einer besonderen Abteilung mit eigenem Abteilungs Vorstand und eigenem Geschäftsführer. — Den Abbau der staatlichen Zwangswirtschaft hielt die Kammer für unbedingt notwendig und zwar schon für die Ene 1919. Bei dem Direktorium will man dahingehend vorstellig werden, daß von den Erzeugnissen eine Mindestmenge von jeder Einheit (Hektar Ackerbaufläche) abzuliefern ist. In den Gemeinden sollen Lieferungsverordnungen gebildet werden, die das Ablieferungsloß gewährleisten. — Ferner hielt die Kammer den Ausbau des parlamentarischen Systems für notwendig. Sie fordert aber eine Erhöhung der Zahl der Vertreter der Landwirtschaft, sowie die Eingliederung einer Anzahl von landwirtschaftlichen Arbeitern in diese berufskundliche Vertretung.



**Kostümrode,  
Kinder-Kleidchen**  
in großer Auswahl.  
**J. H. Tebje,**  
Apen.

**Apen.**  
**Ia. Harz, Zwiebeln**  
5 Pfund 3 Mark,  
wieder vorrätig.  
**Hinrich Meyer.**

**Ia. Senf  
und prima Essig**  
empfiehlt billigst  
**J. D. Stubben Nachf.,  
Halsbek.**

**Edeweck.**  
**Kunfelrüben-Samen**  
(gelbe Eckendorfer)  
empfiehlt **M. J. Snook.**

**Halsbek.**  
**Der Mühlenbetrieb**  
wird auch während des Abbruches  
unverändert fortgesetzt.  
**Joh. Stubben.**

**Tanzunterricht**  
in  
**Westerloy**  
im Saale des Herrn Fr. Buhr.  
Eröffnung am Dienstag den 6.  
Mai einen

**Tanz- u. Anstands-  
Unterricht**  
für Kinder und Erwachsene.  
Anfang für Kinder nachm.  
6 Uhr, für Erwachsene abends  
9 Uhr. Anmeldungen nimmt  
Herr Buhr entgegen.  
Hochachtungsvoll  
**Fr. Volkop,**  
Tanzlehrer — Oldenburg.

**Volkwehr  
Westerstede.**

Es wird darauf hingewiesen,  
daß beim Nachdienst Entlohn-  
ungen nicht zulässig sind. Jedes  
Mitglied ist verpflichtet, den  
Nachdienst persönlich auszubüßen.  
Im Verbindungsfall ist der  
Bettung rechtlich Mitteilung zu  
machen und hat diese für Ver-  
setzung zu sorgen.  
**Der Kommandant.**

**Halsbeker  
Volkwehr**

**Verammlung**  
am Sonntag den 27. d. Mts.,  
nachm. 5 Uhr,  
im Grünen Gasthof zu Halsbek.  
Vollständiges Erscheinen sämt-  
licher Einwohner unbedingt er-  
forderlich, da wichtige Punkte  
zur Besprechung kommen.  
**Der Führer.**

**Sozialdemokr. Partei  
Edeweck.**

Am Sonnabend den 26. April,  
abends 7 1/2 Uhr, in Ww. Olt-  
manns Gasthof in Edeweck  
**Versammlung**  
Zweck: Besprechung der Angelegen-  
heiten.  
**Der Vorstand.**

Das Reichsverwertungsamt läßt am  
**Dienstag den 29. April,** morgens von 9 Uhr ab,  
in **Wibbeshausen** (Sammelstelle) und  
**Mittwoch den 30. April,** morgens von 9 Uhr ab,  
in **Oldenburg** (Wagenpark an der Sägerstraße)  
eine größere Anzahl

**Feldwagen**  
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.  
**Reichsverwertungsamt.**

Die  
**Deutsche  
Schukdivision**  
(Reichswehrbrigade Brandenburg)  
stellt unter bekannten Bedingungen Frei-  
willige, gebiente und ungebiente Leute,  
für alle Waffengattungen ein.  
Für die sich aus **Westerstede** Meldenden  
erteilt nähere Auskunft Herr Brennerei-  
besitzer **Hans Meinecke** in **Westerstede.**

**Apen.** **Apen**  
**Zeteler Kittel, fertige Leibchen,**  
fertig in Mannsgröße, sehr billiger Gelegenheitskauf!  
find eingetroffen. à Stück 1 M., 1.20 M., 1.40 M.  
**Hinrich Meyer.** **Hinrich Meyer**

**Denkmal Schmidt**  
Oldenburg,  
Gottorferstr. 1 (gegenüber der Landesbank), Tel. 1236.  
**Atelier für moderne Zahnheil-  
und Ersatzkunde.**  
Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags,  
Sonnabende von 9-12 Uhr.

**Sicherhaltungs-Genossenschaft Godensholt**  
e. G. m. b. H.  
**Bilanz am 31. Dezember 1918.**

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
Kassenbestand . . . . .	673.47	Schulden bei der Spar- und Darlehnskasse Apen, e. G. m. u. H.	2467.60
Sitzer-Konto . . . . .	2250.—	Geschäftsguthaben der Genossen . . . . .	350.—
Guthaben bei der Spar- und Darlehnskasse Apen, e. G. m. u. H.	488.16	Referenzfonds . . . . .	286.08
Geschäftsguthaben bei der Spar- und Darlehnskasse Apen, e. G. m. u. H. . . . .	2.—	Betriebsrücklage . . . . .	276.08
		Reingewinn . . . . .	33.87
	3413.63		3413.63

Zahl der Genossen am 31. Dezember 1917: 34. Zugang: 2.  
Abgang 1. Zahl der Genossen am 31. Dezember 1918: 35.  
Die Geschäftsguthaben der Genossen hat sich in 1918 um  
M. 10.— vermehrt. Die Haftsumme der Genossen haben sich in  
1918 um M. 100.— vermehrt.  
Gesamt-Haftsumme am 31. Dezember 1918 M. 3500.—  
**Godensholt, den 17. April 1919.**

**Sicherhaltungs-Genossenschaft Godensholt, e. G. m. b. H.**  
J. Mennenga. E. Piers B. Wempen.

**Spohle Spohle**  
Am Sonntag den 27. April:  
**Einweihungs-Ball,**  
wofür freundlichst einladet  
**Verh. Frauen.**

**Zwischenahn.**  
Einige gebrauchte  
**Damen-Räder**  
mit prima Gummi habe ich noch  
billig abzugeben.  
**J. Dieder. Buhrs.**

**Schweine-Bestimmungs-  
Berein Westerstede.**  
Am Sonntag den 27. April,  
nachmittags 6 1/2 Uhr,  
**General-  
Versammlung**  
im „Ammerländ. Hofe“.  
Tagesordnung: Rechnungs-  
ablage, Bericht über das letzte  
halbe Rechnungsjahr, Wahl des  
Vorstandes und Berichtendes.  
**Der Vorstand.**

**Landwirtsch. Klub  
Westerloy.**  
Sonnabend den 26. d. Mts.,  
abends 7 1/2 Uhr,  
**Versammlung**  
in Wülkes Gasthof.  
Tagesordnung: 1) Besprechung  
über die projektierte Eisenbahn-  
strecke Aremis-Dobbit, 2) Vertei-  
lung von Saatkartoffeln, 3) Ver-  
schlebens.  
Wichtiges Erscheinen sehr er-  
wünscht. **Der Vorstand.**

**Landwirtsch. Klub  
Westerloy.**  
Sonnabend den 26. d. Mts.:  
**Wettbooken**  
zwischen 5 Vorbecker und 5  
Langebrügger Kloostschieren.  
Anfang 4 Uhr nachm.  
bei Keilers, Langebrügge.

**Langebrügge.**  
Am 18. Mai:  
**Wettkamp!**  
zwischen Kloostsch. v. B.  
Holtrop u. Kloostsch.-  
Verein Langebrügge.  
Anf. d. Wetens nachm. 3 Uhr.  
Nachher  
**BALL.**  
Eintritt 1 Mk., wofür freier Tanz.  
Anfang 7 Uhr.  
Es ladet freundlichst ein  
**E. Keilers.**

**Edeweck**  
Am Sonntag den 27. April  
**Ball**  
(Eintritt 1 Mk., wofür freier Tanz)  
wofür freundlichst einladet  
**H. F. Brunken.**

**Edeweck**  
Am Sonntag den 27. April  
**BALL**  
Anfang 8 Uhr,  
wofür freundlichst einladet  
**D. A. Gehrels**

**Westerscheps**  
Am Sonntag den 11. Mai  
**Tanzmusik**  
wofür freundlichst einladet  
**Herm. Kruse.**

Westerstede, 23. April 1919.  
Zur Feier des Jubiläums des Herrn  
**Gemeindevorstehers Lanje**  
findet auf dessen Wunsch anstelle eines Essens am  
1. Mai d. J., nachm. 7 Uhr, ein

**Festkommers**  
statt in Cordings Gasthof zu Westerstede.  
Hierzu laden wir unsere Mitbürger mit der  
Bitte um zahlreiche Beteiligung ein.  
**Münzebrock. Wettermann.**

**Eröffnung  
der  
Oldenburger Börse**  
am  
**Mittwoch den 7. Mai 1919,** morgen 11 Uhr,  
im Kaufmännischen Vereinshaus „Union“  
zu Oldenburg.  
Börsetag: jeden Mittwoch von 11 bis 1 Uhr.  
Den geehrten Bewohnern  
von Zwischenahn und  
Umgegend zur gefl. Mit-  
teilung, daß wir mit

**Achtung!**  
**Karussell und Schießbude**  
zum Zwischenahner Markt (Freitag u. Sonntag)  
anwesend sind.  
Es laden freundlichst ein  
**Hanson und Meyer.**

**Apen. Gasthof zur Tranbe.**  
Am Sonntag (1. Markttag):  
**Grosser Ball**  
Anfang 4 Uhr, Ende 12 Uhr,  
wofür freundlichst einladet **M. C. Dirks.**  
Am 2. Markttag  
**KONZERT**  
Entree 50 Pfg.

**Rennen in Oldenburg**  
am 25. Mai 1919, nachmittags 3 Uhr.  
(Trab-, Flach- und Jagdrennen.)  
Kienungschluss: am 10. Mai, nachm. 6 Uhr.  
Die näheren Bestimmungen für diese Rennen können vom  
der Geschäftsstelle des Vereins zur Förderung der Oldenburg-  
Landespostbezugs, Oldenburg, Pferdemarkt 4, bezogen werden.

Statt besonderer Anzeige.  
  
**Edeweck, am 23. April 1919.**  
Heute morgen entschlief sanft nach kurzer,  
heftiger Krankheit unsere liebe Tochter, Schwester  
und Enkelin  
**Gretchen**  
in ihrem 5. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer  
**Verh. Witze u. Frau geb. Theilken**  
nebst Angehörigen.  
Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend den  
26. d. Mts., Hausdach um 1 1/2 Uhr nachm.

# Der Ammerländer

(Pressepreis Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanfragen und Sandbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Abzugsgeld für die einpostige Mitgliedschaft (sodern deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile für die Rückgabe unverlangt eingehender Briefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Geldern durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Klageprozeduren bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit beschleunigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 97

Bestenstedt, Sonnabend den 26. April 1919.

59. Jahrgang

## ...och über den Frieden.

Beitwilliges Ausschreiben Wilsons aus dem Verrat Paris, 23. April.

In einem Interview mit einem Pressevertreter erklärt Marschall Foch, der Friede müsse ein Friede der Ehre und nicht der Besiegten sein. Jetzt, wo wir den Rhein erreicht haben, müssen wir auch dort bleiben. Es ist unsere einzige Sicherheit. Wir müssen eine Barriere haben. Demokratie wie die unsere, die nicht aggressiv sind, müssen starke natürliche militärische Grenzen haben. Von Frankreich Sie nicht auf den Augenblick, denn der nationale Charakter der Deutschen hat sich in den vier Kriegsjahren nicht verändert. Auf Ausland können die Alliierten bei einem eventuellen neuen Krieg nicht hoffen, da man nicht weiß, ob Ausland auf deutscher Seite oder bei der Entente steht. Auf die Frage des Berichterstatters, wie Foch über den Volkswillens denke, antwortete dieser: Der Volkswillens ist eine Krankheit der besiegten Länder. Siegende Nationen wie wir haben damit nichts zu tun.

Die Möglichkeiten in der Entente sind nach keineswegs behoben und es wird gemeldet, daß Wilson angedeutet die Unmöglichkeit, ein Kompromiß zwischen Italien und Jugoslawien herbeizuführen, seine Teilnahme an den Arbeiten des Verrats zeitweilig aufgegeben habe. Als wahrscheinlichste Lösung des adriatischen Problems gilt die Zuerkennung von Fiume, Zara und Sebenico an Italien, während das Hinterland den Jugoslawen zugesprochen werden soll.

## Vollksabstimmung?

Noch sind unsere Unterhändler nicht nach Versailles abgereist, und schon erhebt sich in der deutschen Presse ein Streit darüber, ob die Regierung recht beraten wäre, wenn sie den Friedensvertrag mit der Entente einer Volksabstimmung unterwirft oder nicht. Der Streit findet sich zunächst noch leise, mit ziemlich maßvoll gehaltenen Äußerungen und Gegenäußerungen an, aber man weiß ja aus leidvoller Erfahrung zur Genüge, wie rasch ein solcher gelinder Anfang zum verderblichen Sturm anschwellen kann, und deshalb mag es nicht zu früh sein, sich das Für und Wider dieses Gedankens etwas näher zu überlegen.

Die Reichsregierung ist durch die Nationalversammlung zum Abschluss eines Waffenstillstandes ohne jede Einschränkung ermächtigt worden. Demgemäß werden vermutlich auch unsere Unterhändler bevollmächtigt werden, die von der Entente festgelegten Friedenspräliminarien sofort zu unterzeichnen, wenn sie die berühmten 14 Punkte nach seiner Richtung überschreiten sollten. Wer aber kann, nach allem was gesehen ist, noch an diese Voraussetzung glauben? Wer kann noch daran zweifeln, daß wir uns um Forderungen und Bedingungen gekümmern müssen, die selbst die schlimmsten Verletzungen der Schwarzscher Welt hinter sich zurücklassen? Dann wird die Regierung dieses deutschen Landes sich vor allerhöchster Gewissensfrage gestellt sehen. Daß sie den Mut zu einem entschlossenen Nein finden könnte, haben ihre Wortführer bereits wiederholt angedeutet. Daß sie in diesem Falle die Nationalversammlung im Angehitz der ganzen Welt zu einem Votum aufrufen möchte, versteht sich von selbst. Daß aber auch das Volk selbst über seinen Willen befragt werden könnte gegenüber einem Friedensvertrage, für den Wilson, wenn er nicht seinen heiligen Verordnungen ins Geheiß schlagen will, jede Verantwortung ablehnen möchte, das will manchen Leuten als überflüssig erscheinen. Als ein Mangel an Entschlossenheit, als Furcht vor schicksalsschweren Entscheidungen. Nur willensstarke Persönlichkeiten gehörten in so bewegten Zeiten an die Spitze des Staates, nur starke Hände könnten das Reichsloos über die Stromschnellen hinwegwahren, die vor uns liegen. Es den unerschütterbaren Schwankungen flüchtiger Volksstimmungen auszuweichen, tiefe im Grunde nichts anderes als die Straße zum Nichter aufzurufen über die allerhöchsten Gewissensfragen, vor die sich niemals eine große Nation gestellt sehen wird. Das sei nicht nur unwürdig, sondern auch im höchsten Grade gefährlich, und da die Nationalversammlung eben erst aus dem Willen des ganzen Volkes hervorgegangen sei, liege auch gar kein Grund dafür vor, über sie hinweg an die Meinung ihrer Wähler zu appellieren. Mindestens das alles nicht durchwegs verständlich, muß es nicht jedem unbesangenen Urteil ohne weiteres einleuchten? Und doch will man sich nicht allgemein mit diesen Erwägungen beruhigen lassen. Die Regierung z. B. läßt neueren, teils schon geltenden, teils in Vorbereitung befindlichen Reichsgesetzen das Referendum, also die Volksabstimmung einnimmt. Schon bei Gehehen von verhältnismäßig geringfügiger Bedeutung kann sie in Anspruch genommen werden; und da sollte bei einer Entscheidung von so ungeheurer Tragweite das Volk nicht befragt werden? Und selbst wenn tausend gegen eins nicht befragt werden? Und doch will man sich nicht allgemein mit diesen Erwägungen beruhigen lassen. Die Regierung z. B. läßt neueren, teils schon geltenden, teils in Vorbereitung befindlichen Reichsgesetzen das Referendum, also die Volksabstimmung einnimmt. Schon bei Gehehen von verhältnismäßig geringfügiger Bedeutung kann sie in Anspruch genommen werden; und da sollte bei einer Entscheidung von so ungeheurer Tragweite das Volk nicht befragt werden? Und selbst wenn tausend gegen eins nicht befragt werden?

verlucht zu lassen, einen Gewaltfrieden von uns abzuwenden, der mit tödlicher Sicherheit zu neuen Völkerkriegen führen müßte? Wie wenn hinterher die Entente käme und uns befragte, warum wir nicht ans Volk gegangen wären — dann, ja dann hätte sie ganz gewiß in diesem oder jenem Punkte noch mit sich reden lassen? Oder gibt es einen unter uns, der ihr diese Taktik nicht zutrauen möchte? Kurz, auch hier stehen sehr ernsthafte Gründe zur Verfügung, über die kaum mit einer verächtlichen Sandbewegung zur Tagesordnung überzugehen sein wird. Das wollen wir doch allzu ruhig anerkennen und nicht von vornherein wieder Parteigang in eine Erörterung hineinbringen, die lediglich von vaterländischen Sorgen erfüllt sein sollte.

Die Franzosen freilich haben es eilig, sich in diese Frage einzumischen, die sie nicht das geringste angeht. Man ist in Paris schon dabei zu erklären, daß uns die Zeit, die zur Vornahme einer Volksabstimmung erforderlich ist, nicht eingeräumt werden würde; wir müßten binnen lo und fünfzig Tagen unterzeichnen, oder der Fall sei für die Entente erledigt. Diese Voreiligkeit kann höchstens dazu beitragen, das Gewicht der Gründe, die für das Referendum sprechen, zu verflächtigen. Und wir sind gar nicht sicher, ob sie nicht tatsächlich diesen Erfolg herbeiführen wird.

## Gegen einen Gewaltfrieden.

Protest der französischen Gewerkschaften.

Die französischen Gewerkschaften haben an die öffentliche Meinung Frankreichs und an die französischen Arbeiter einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Im August 1914 an bis zum November 1918 hat man uns gesagt und wiederholt wir führten den Krieg des Rechts. Diese Versicherung schloß in sich, daß der Friede den Völkern das Recht der Selbstbestimmung bringen und daß er auf der allgemeinen Abrüstung beruhen würde, der einzigen Maßnahme, welche die Liquidation der Kriegsschulden möglich machen könnte. Heute bricht man mit diesem feierlich abgegebenen Versprechen. Warum? Weil die einen Krieg des Projekts einer Liga der Nationen“ vor die einen die Gewerkschaft der Nationen“ ist, wie sie die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vorgesehnt hatten. Die 14 Punkte haben die Völker der ganzen Welt in ihrem Inst auf Gerechtigkeit mit Beifall begrüßt. Wir haben sie zu den unseren gemacht. Die französische Arbeiterklasse, getreu ihrer Vorgänger, Krieg den Frieden, erhebt sich gegen diese Sabotage des Friedens. Die Völker können nicht am Ende des Krieges dazu verpflichtet sein, ein anderes Ziel zu haben als die Beibehaltung von Steuern, die dazu bestimmt sind, die Mächtigungsbedürfnisse des Gleichgewicht zu bringen.“

Der Aufruf verdammt die Vorklage, jede politische Zwangsmaßnahme und bewaffnete Intervention sowie jede Fortsetzung des Krieges und fordert gebieterisch den Abschluss des wahren Friedens, dem alle Völker zustimmen können.

## Graf Rathenau über die Gebietsfragen.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rathenau, erklärte einem Pressevertreter gegenüber, Deutschland habe an dem Wilsonprogramm, das nichts von einer Volksabstimmung über Gebiete laze, deren Zugehörigkeit außerhalb jeder Erörterung stehe, und sehr seine Mühseligkeit damit, auch nur zu erwidern, ob das Ergebnis der Kontrolle unterworfen werden solle, von der Hand spreche, er sei aber bereit, die Frage eines wirtschaftlichen Ausgleiches mit Frankreich mit dem besten Willen zur Verständigung zu prüfen. In Antwortung der Frage, ob die Entente unter dem Druck des öffentlichen Gewissens in den Beschlüssen ihre gefährliche Bahn nicht doch verlassen werde, wies Graf Brockdorff darauf hin, daß die Entente trotz ihres Unklammens und der Wähler gegen den Anstich des Deutschen Reichs an Deutschland kein energisches Nein spreche, da offenbar auch ein bitteres Feindbild sich schreie, die unüberwindlichen Leiden der nationalen Gemeinschaften zu verewaltigen.

## Die deutsche Friedensabordnung.

Die deutsche Friedensdelegation wird aus insgesamt 20 Personen bestehen. Unter den sechs Unterhändlern werden vier ständige Vertreter des auswärtigen Amtes, je zwei Vertreter der übrigen beteiligten Reichsämtler, des Generalstabes, der Admiralität und der Wehrhilfskommission angehören, ferner Vertreter der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen sowie Sekretäre, Dolmetscher, Bureaupersonal und das Personal des Nachrichtenendienstes. Die Abreise der Delegation ist für den 28. April in Aussicht genommen. Die Delegation wird im Sonderzug über Köln nach Versailles fahren.

## Der französische Sozialistenkongreß.

Überführung der Asche Jaurès ins Pantheon.

Paris, 23. April. Der Sozialistenkongreß hat verlangt, die Asche Jaurès in das Pantheon zu überführen. Der Kongreß nahm das von den früheren Mitgliedern der Mehrheit wie Thomas und der Minderheit wie Louquet vorgelegte Parteiprogramm an, in dem der Zutritt einer Konstituante gefordert wird. Ferner wird in dem Programm verlangt, der Staat solle die widerrechtlichen Kriegsgewinne einziehen, sowie starke Kapitalsteuern und Monopole für Luxusgegenstände einführen. Die Eisenbahn, Transport-

und wergewertsunternehmungen, Lebensversicherungen usw. sollen durch den Staat, die Departements und Gemeinden unter Kontrolle der Verbraucher betrieben werden. An sofortigen Reformen fordert das Programm die Verneinung von Streiks durch Organisation der Verständigungsbedingungen, Entwicklung der Sozialversicherung, Verabschiebung der Arbeitsstunden, Festsetzung von Mindestlöhnen, Schutz für Mütter und Kinder, freien obligatorischen Einheitsrichtungsunterricht, Verbesserung der Wohnungsbedingungen usw.

## Die Offensive gegen Ungarn.

In Eilmärschen auf Budapest.

Nachdem die Entente sich entschlossen hatte, den Zuzug in Ungarn unter allen Umständen ein Ende zu machen, traf sie mit Hilfe der Rumänen, Tschechen und Serben umfangreiche militärische Maßnahmen, die nun wirksam werden.

Wien, 23. April. Die tschecho-slowakischen Truppen haben die Offensive gegen Karanica ergriffen und sollen bereits vor Waaten, eine Bahnlinie von Budapest entfernt, angelangt sein. Vom Osten und Süden rücken gleichzeitig Rumänen, Serben und Entente-Truppen in Eilmärschen auf Budapest los.

Das Hauptquartier der Entente, in dem der Eilmarsch in Budapest beschlossen wurde, befindet sich in Neuas, wo 60 000 Mann Kolonialtruppen bereitstehen. Die bürgerliche Bevölkerung Budapests flieht in Massen aus der Stadt, um dem bevorstehenden Blutbad zu entgehen. Auch im Innern Ungarns nimmt die Bewegung gegen die unglückliche Wirtshaft der Regierung zu und allenthalben erhebt sich das Volk zu bewaffnetem Widerstande.

## Vela Kun gesteht die Niederlage ein.

Der Volksbeauftragte Vela Kun gesteht auch die Niederlage bereits glatt ein und erklärte: „Nun ist die rumänische Offensive erfolgt. Unsere Truppen waren teils erschöpft, teils ungeduldet Leute, und so konnte die rumänische Offensive im ersten Augenblick glücken. Esamnamet ist gefallen, die rumänischen Truppen haben uns mittelbar vor den Toren Nagyarads. Ein kleiner Teil unserer Truppen hat seinen Mann gestellt und bis zum letzten Blutstropfen gekämpft, der andere Teil dagegen hat seine Stellungen verlassen, die Verbände haben sich aufgelöst. Die rumänischen Truppen greifen überall mit Übermacht an. Wir glauben anfangs, die Entente habe die Absicht, die von General Sauts bezeichnete Demarkationslinie zu erreichen und nicht weiterzugehen. Heute ist die Lage eine solche, daß die Entente mit aller Kraft die Offensive gegen uns beginnen wird, um uns zum Los der Pariser Kommune zu verurteilen. Was die Bewaffnung und Ausrüstung anbelangt, stehen wir schlecht da.“

## Der Kampf um München.

Lebensfurcht vor den Freikorps.

Die Kämpfe in und um München treten jetzt in das entscheidende Stadium und nehmen für die Münchener Gewaltthäter immer bedrohlichere Gestalt an, so daß diesem der Mut schon zu sinken beginnt. Der blutige Kampf, der alle Gewalt in München in Händen hat, erklärt dem auch bereits unumwunden, daß der Mangel an Lebensmitteln und Geld in kurzem zum Zusammenbruch der Münchener Kommunistenberichterstattung führen müßte. Durch die Lebensmitteltransporte, die für die Zivilbevölkerung Münchens bestimmt seien, aber selbstverständlich nicht ihr, sondern der „Roten Garde“ zugute kommen, sei die Gefahr der Aushungerung zwar verringert, aber es fehle an dem nötigen Gelde. Die Aufforderung an die Bürgerschaft, alles in ihren Händen befindliche Bergeld abzuliefern, widrigenfalls es ihnen mit Waffengewalt abgenommen werden würde, hat nicht das erhoffte Ergebnis

